Bezugspreis für Sept. durch die Post bezogen 2,00 Mk. ausschl. Bestellgeld, in der Stadt Münster 2,00 Mk.
Beilagen: „Am Weg der Zeit" (für das Geistesleben der Gegenwart) „Der Erzähler" „Der Frauen Welt und Heim" „Jugendland" „Der Wanderer" (für Reise, Bäder und Verkehr) „Stamm und Scholle" (aus Leben und Geschichte der Heimat) „Technik und Erfindung" „Der Münsterländer" (für Feld Garten und Haus).
Sonder-Ausgaben: Steinfurter Anzeiger Warendorfer Anzeiger Westmünsterländer Anzeiger Borken-Bocholter Anzeiger (nur für die Bezieher der jeweiligen Kreise) wochentäglich.
Redaktion und Verlag Gallitzinstraße 13, Ecke Hamburger Straße. — Fernsprecher Nr 2448 2449 und 2450
Geschäftsstelle: Münster, Prinzipalmarkt 13/14, Fernspr. Nr. 78. — Rheine Emsstr. 34a Fernspr. 670
Berliner Redaktion: Paul Fr Hübgen Berlin SW 48. Verl. Hedemannstraße 5. Fernsprecher Nollendorf 883.

Münsterischer Anzeiger
und Münsterische Volkszeitung

Preis 10 Pfg. im Einzelverkauf.
Anzeigen: Das mm Höhe, 29 mm breit, kostet für Anzeigen von Auftraggebern außerhalb des Reg.-Bezirks Münster sowie für alle amtlichen, Finanz-, Sammel-, Markenartikel- und Vergnügungsanzeigen 15 Pfg., für sonst Anzeigen aus dem Reg.-Bez. Münster 11 Pfg., aus der Stadt Münster 8 Pfg. Familienanzeigen 8 Pfg. bei Barzahl. 7 Pfg. kleine Anzeigen des privaten Verkehrs aus Münster bei Barzahlung 6 Pfg.
Reklamen: Das mm 90 Pfg. (Spaltenbreite 90 mm).
Für Erfüllung von Platzvorschriften sowie Aufnahme an bestimmten Tagen und in bestimmter Größe wird keine Gewähr sowie für Druck- und Schönheitsfehler keine Haftung übernommen. Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kann verweigert werden, wenn Zahlung nicht binnen 4 Wochen nach Erhalt der Rechnung erfolgt.
Beilagen: Gebührenberechnung nach Gewicht.
Postscheck-Konto Köln 42 114. Erfüllungsort Münster i. W.

Morgen-Ausgabe. **Montag, den 26. September 1927** **76. Jahrgang. Nr. 979**

Die Tagung des badischen Zentrums.

Dr. Wirth. — Reichsschulgesetz. — Wahlrechtsreform.

Freiburg, 25. Sept. **(Tel.)** Hier tagte heute unter Vorsitz des Prälaten Dr. Schofer und in Anwesenheit des Reichsfinanzministers Dr. Köhler, des badischen Staatspräsidenten Dr. Trunk und des Oberbürgermeisters der Stadt Freiburg das Zentralkomitee der badischen Zentrumspartei. Das Zentralkomitee beriet eingehend den Reichsschulgesetzentwurf. Über die Verhandlungen, die vertraulich waren, berichtet das Freiburger Zentrumsorgan, die „Freiburger Tagespost", u. a., man sei einig gewesen darüber, daß der Entwurf eine geeignete Grundlage für eine annehmbare Regelung des Volksschulwesens entsprechend der Reichsverfassung biete, daß das badische Zentrum die Reichsverfassung, insbesondere Artikel 174, schon aus allgemeinpolitischen Erwägungen gewahrt und die religiöse Schule unbedingt sicher gestellt wissen wolle. Im Rahmen dieser Voraussetzungen würde es die Hand zur Verständigung bieten, falls auch auf der anderen Seite der gleiche ehrliche Wille vorhanden sei.

Über die Stellungnahme des Reichstagsabgeordneten Dr Wirth heißt es in dem offiziellen Bericht wie folgt: Daß der Reichstagsabgeordnete Dr. Wirth der Tagung ferngeblieben war, statt mannhaft seine Meinung durch persönliche Anwesenheit zu vertreten, hat allgemein starkes Befremden hervorgerufen. Das in gegnerischen Zeitungen veröffentlichte Memorandum kam zur Verlesung. Das Entsprechende wurde im Wortlaut beschlossen und ebenfalls schriftlich an ihn abgesandt. Beiden Teilen steht es frei, die Aktenstücke der Öffentlichkeit vorzulegen. Das einseitige Vorgehen des Herrn Reichstagsabgeordneten Dr. Wirth in der Schulfrage hat einer friedlichen Lösung speziell in Baden nicht nur nicht gedient, sondern den alten noch neue Schwierigkeiten hinzugefügt. Diese Erkenntnis dürfte bei einiger Einsicht und Ehrlichkeit auch auf der anderen politischen Seite vorhanden sein.

Weiter befaßte sich das Zentralkomitee eingehend mit der in Aussicht genommenen Wahlrechtsreform und sprach die Erwartung aus, daß die badischen Zentrumsabgeordneten des Reichstages mit aller Entschiedenheit für die Beseitigung des so schreienden Mißstandes sich einsetzen und dem Volke zu seinem Rechte verhelfen.

Der deutsche Bauerntag in München.

‡ **München**, 24. Sept. (Tel.).

Der deutsche Bauerntag nahm heute vormittag mit einer geschlossenen Sitzung der Vereinigung der deutschen Bauernvereine im Hotel Union seinen Anfang. Die Beratungen befaßten sich in der Hauptsache mit dem Steuervereinheitlichungsgesetz, den Zoll-Abbau-Fragen auf der Weltwirtschaftskonferenz, einem deutsch-polnischen Handelsvertrag und der Beamten-Besoldungsfrage.

Zu Beginn der Sitzung wurde die Kreditfrage berührt, wobei Uebereinstimmung darüber herrschte, daß die Kreditwirtschaft nicht in der Weise fortgeführt werden könne, wie in den letzten Jahren. Die Kredite müßten sonst zu einer Ueberschuldung der landwirtschaftlichen Betriebe führen.

Generaldirektor Aenenheister vom Badischen Bauernverein forderte hiermit, daß die Ergebnisse der Weltwirtschaftskonferenz nicht dazu führen dürften, daß die Zölle auf Kosten der Landwirtschaft abgebaut würden. Die Landwirtschaft müsse verlangen, daß die Relation zwischen landwirtschaftlichem und industriellem Zollschutz wieder hergestellt werde, wie sie in der Vorkriegszeit bestanden habe.

Zur Frage des deutsch-polnischen Handelsvertrages wurde eine Entschließung angenommen, in der darauf hingewiesen wird, daß die handelsvertragliche Gestaltung der deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen eine Schicksalsfrage der deutschen Landwirtschaft sei. Ohne schärfste Kontingentierung der Roggen-, Kartoffel- und Schweineeinfuhr aus Polen in einem Handelsvertag mit Polen hätte die deutsche Produktion dieser Produkte eine hoffnungslose Zukunft. Vor allem würden unsere bäuerlichen Betriebe, die 80 Prozent der deutschen Schweineproduktion halten, in ihrem Lebensnerv getroffen. Die ländliche Siedlung müßte als wirtschaftliche Unmöglichkeit angesehen werden, wenn dem Siedler sein erster und bester Erwerbszweig, die Schweinemast, durch die polnische Schleuder-Konkurrenz von vorn herein genommen würde.

Zur Frage des Steuervereinheitlichungsgesetzes nahm die Tagung eine Entschließung an, die eine Steuerentlastung die Landwirtschaft für die dringendste Aufgabe hält. Der geplante Entwurf des Steuervereinheitlichungsgesetzes sei vom Standpunkte der deutschen Bauern, namentlich auch im Interesse der Lebensfähigkeit der Länder und Gemeinden nicht annehmbar.

Am Sonntag fand eine große Kundgebung der Deutschen Bauernschaft statt, an der viele Tausende teilnahmen. Der Vorsitzende, der Deutschen Bauernvereine, Freiherr von Kerckerinck zur Borg, forderte in seiner Ansprache die Bauern zur Einigkeit auf. Reichsernährungsminister Schiele und Ministerpräsident Dr. Held sagten der Bauernschaft im Namen der Reichsregierung bezw. der bayerischen Regierung jede mögliche Hilfe zu. Zum Schluß der Versammlung wurde eine Reihe von Resolutionen angenommen, darunter auch eine zum Steuervereinheitlichungsgesetz.

Poincaré-Rede über die Sicherheit Frankreichs.

w **Paris**, 24. Sept. Anläßlich des Besuches amerikanischer Legionäre in Belfort, die vom Minister der öffentlichen Arbeiten Tardieu, begleitet wurden, hat Ministerpräsident Poincaré auf dem Platze der Republik vor dem Denkmal für die bei den Belagerungen Belforts in den Jahren 1814, 1815 und 1871 Gefallenen eine Rede gehalten, die er nach Schilderung des Widerstandes, den Belfort zu jenen Zeiten geleistet hat, folgendermaßen schloß: Wir wissen sehr wohl, daß, wenn das Mißtrauen auch die Mutter der Sicherheit ist, ein übertriebenes gegenseitiges Mißtrauen schließlich Kriege hervorrufen kann, anstatt sie aus dem Wege zu räumen. Um diese Gefahr nicht heraufzubeschwören, wollen wir unter dem Ausdruck des Bedauerns, daß die Vereinigten Staaten dem Völkerbund ferngeblieben sind, auf diese neue Institution zählen, um allmählich die Völker einander näherzubringen, die gegenseitigen Vorurteile zu beseitigen und nötigenfalls die Regierungen zur Vernunft zu bringen. Aber so nützlich und notwendig auch diese Versuche der Zusammenarbeit sind, so können sie für den Augenblick uns keine vollkommene Sicherheit geben. Wir sind also sehr wohl gezwungen, Eventualitäten — wenn auch nicht als wahrscheinlich so doch mindestens als möglich — ins Auge zu fassen, die uns eines Tages in die Notwendigkeit versetzen, uns oder unsere Freunde zu schützen. Daher können wir heute weder auf befestigte Plätze, noch auf Soldaten, die sie verteidigen, verzichten. Belfort ist eine friedliche Stadt, die niemals jemand zu schaden gesucht hat. Sie hat sich darauf beschränkt, zu antworten, wenn man sie angriff. Ganz Frankreich befindet sich in derselben Einstellung.

Wiederaufnahme der Parlamentstätigkeit in Preußen.

b. Berlin, 24. Sept. Der Preußische Landtag wird am Montag seine Arbeiten nach der Sommerpause mit den Beratungen des Hauptausschusses über das Steuervereinheitlichungsgesetz wieder aufnehmen.

Abrüstung und Sicherheit.

Stresemanns große Abrüstungsrede in Genf.

‡ **Genf**, 24. Sept.

Die Völkerbundsversammlung nahm heute nach einstimmiger Annahme des Berichts der zweiten Kommission über die Ergebnisse der Weltwirtschaftskonferenz den Bericht der Abrüstungskommission entgegen, der, wie bereits gemeldet, aus einem allgemeinen Teil und den einzelnen Resolutionsentwürfen, in erster Linie dem zusammengefaßten deutsch-französisch-holländischen Resolutionsantrag besteht. In längerer Rede betonte der Berichterstatter, der belgische Senator de Brouckère, daß die Resolution einen wesentlichen Fortschritt in der Vorbereitung zur endgültigen Abrüstung bedeute. Er unterstrich weiter, daß die moralische Abrüstung bisher zweifellos nicht weit genug fortgeschritten sei. Nur 17 Staaten hätten bisher die fakultative Schiedsgerichtsklausel unterzeichnet, nunmehr auch eine Großmacht. Der Artikel 8 des Völkerbundspaktes verpflichte den Völkerbund zur Abrüstung, jedoch könne das Abrüstungsproblem nur in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Problem der Sicherheit und der Schiedsgerichtsbarkeit durchgeführt werden. Die Abrüstungskommission habe einstimmig anerkannt, daß der Artikel 8 eine bindende Verpflichtung der Völkerbundsmitglieder zur Abrüstung darstelle. Die Fortschritte auf dem Gebiete der Schiedsgerichtsbarkeit und der Sicherheit seien bereits derart, daß die Abrüstungsarbeit nunmehr in erhöhtem Maße fortgesetzt werden könne. Die vorbereitende Abrüstungskommission werde noch in diesem Jahre ihre Arbeiten wieder aufnehmen. Es handele sich bei den Abrüstungsarbeiten zweifellos um Bemühungen, die nur auf längere Sicht Erfolge aufweisen könnten, jedoch sei jeder Schritt auf dem Wege zur allgemeinen Abrüstung von größtem Wert und Nutzen.

Dann ergriff

Dr. Stresemann

das Wort zu einer längeren Rede, in der er grundsätzlich zu dem Abrüstungsproblem Stellung nahm. Er führte aus: „Als ich die Ehre hatte, vor dieser Versammlung in den ersten Tagen unserer diesjährigen Session zu sprechen, habe ich in meinen Ausführungen auf die außerordentliche Bedeutung hingewiesen, die dem Problem der Abrüstung zukommt. In Uebereinstimmung mit den anderen Rednern dieser hohen Versammlung bin ich der Auffassung, daß in dieser Frage

eines der Kernprobleme des Völkerbundes

wliegt. In sachlichen mächtigen Worten ist der Welt verkündet worden, daß der durch den Weltkrieg herbeigeführten Abrüstung derjenigen Staaten, die sich den Friedensbedingungen ihrer Gegner unterworfen, die freiwillige Beschränkung der Rüstungen anderer Völker folgen würde, um die Völker von dem Alpdruck der Furcht, des Hasses und des Mißtrauens zu befreien und eine Entwicklung anzubahnen, die im friedlichen Wettbewerb die Höchstentwicklung der menschlichen Leistungen gewährleistet. Der Völkerbund wird in der Weltöffentlichkeit danach bewertet werden, wie er sich mit diesem Problem auseinandersetzt und wie er Worte, die eine Erlösung bedeuten sollten, in die Tat umzusetzen vermag. Es ist deshalb verständlich, daß die Erörterungen dieser Session um die Gedanken der Abrüstung und der Sicherheit der Völker sich bewegten. Deutlich trat in der Debatte das Empfinden der Versammlung hervor, daß der Völkerbund infolge dieser Probleme geradezu in ein kritisches Stadium seiner Entwicklung eingetreten ist, daß es sich entscheiden muß, ob er einer wirklich fruchtbringenden Zukunft entgegengeht. Zwei Grundsätze scheinen sich zunächst gegenüberzustehen.

Von Deutschland ist stets mit Nachdruck die Auffassung vertreten worden, daß es nicht angängig sei, den Beginn der allgemeinen Abrüstungsaktion noch von der Schaffung neuer Sicherheiten abhängig zu machen.

Das war auch der ganze eindeutige Standpunkt, auf dem sich die Versammlung in ihrer vorjährigen Resolution gestellt hat. Demgegenüber scheint sich neuerdings die Ansicht geltend zu machen, daß neue Garantien auf dem Gebiete der Sicherheit die Voraussetzung für den Beginn der Abrüstung bilden müßten. So ist es erklärlich, daß in der Oeffentlichkeit vielfach der Eindruck entstand, als ob der Völkerbund durch das Entwaffnungsproblem in eine gefährliche Sackgasse geraten sei. Ich begrüße es deshalb, daß es seitdem in schwierigen Verhandlungen gelungen ist, den Weg zu praktischer Arbeit festzulegen. Ich bedauere es nicht, daß in diesen Verhandlungen die Geister aufeinanderplatzten und daß man, statt die Zeit mit Komplimenten zu verbringen, in klarer Herausarbeitung des Standpunktes der einzelnen Länder miteinander in Kampf und Streit gelegen hat, bis man zu einer Einigung gelangte. Denn ich bin überzeugt, daß der Völkerbund um so mehr praktische Arbeit leisten wird, je freier und ungehemmter naturgemäß unter Berücksichtigung der in seiner Zusammensetzung liegenden Verschiedenheiten der Auffassungen, die nach Ausdruck ringen und zum Ausdruck kommen.

Nunmehr haben wir in der von dem Herrn Berichterstatter zuletzt vorgetragenen Resolution ein Programm vor uns, in dem die beiden Grundsätze der Abrüstung und der Sicherheit zueinander in das richtige Verhältnis gestellt werden.

Die Methode, die man gefunden hat, um die gegebene Sicherheitsgarantie weiter auszubauen, scheint mir durchaus erfolgversprechend zu sein.

Es ist selbstverständlich, daß Deutschland den Wunsch und Willen hat, bei den in Aussicht genommenen Arbeiten tatkräftig mitzuwirken. **Die Gedanken, die in den Verträgen von Locarno für den Westen und den Osten verwirklicht worden sind, werden sich in gleicher oder ähnlicher Gestalt unter Anpassung an die jeweiligen Umstände auch für die Verhältnisse in anderen Gebieten verwerten lassen.** Die Verhandlungen in den verschiedenen Kommissionen haben aufs neue gezeigt, welch bedeutsame Rolle hierbei der Entwicklung des Schiedsgerichtsgedankens zufallen wird. Möge der Name Locarno zu einem System für die Sicherheit benachbarter Völker, für den Gedanken friedlicher Verständigung und dem Gedanken des Vertrauens unter den Nationen werden.

So weitreichend auch die Möglichkeiten sind, die in dieser Richtung vor uns liegen, so dürfen sie keineswegs unseren Blick von der nächsten Aufgabe ablenken, die dem Völkerbund erfüllt werden muß. Diese Aufgabe wird uns in der Resolution zu meiner Genugtuung in voller Klarheit vor Augen geführt, wie immer sich die Arbeiten auf dem Gebiete der Sicherheit in ihrem Verlauf gestalten mögen. Die Resolution stellt fest, daß die erste Entwaffnungskonferenz einberufen wird, sobald die noch notwendigen Vorarbeiten rein technischer Art zum Abschluß gebracht worden sind. Wenn, wie ich nicht bezweifle, der von der Versammlung zu fassende Beschluß in seinem Inhalt und Geist getreu durchgeführt wird, so wird damit eine wichtige Etappe auf dem Wege zu unserem Ziele erreicht sein.

Sobald die allgemeine Abrüstung nur erst einmal auf allen Gebieten wirklich begonnen ist, werden die weiteren Schritte geringeren Schwierigkeiten begegnen und der Welt von selbst neue Faktoren der Sicherheit bringen.

So wird sich der grundlegende Satz des Völkerbundspaktes verwirklichen, daß die Erhaltung des Friedens die Herabsetzung der Rüstungen fordert.

Rüstungen können und dürfen nicht die Grundlage der Sicherheit sein.

Sie sind nicht einmal mehr der sicherste Schutz und sie haben überdies unvermeidlich die Wirkung, den Nachbarn zu bedrohen. Dies ist eine naturnotwendige Tatsache, die auch durch die friedliche Einstellung der Regierungen nicht völlig aus der Welt geschafft werden kann. **Wir in Deutschland sind heute oft versucht, unseren Nachbarn das Wort zuzurufen, das einst einem Bürger des alten Rom aus dem Forum entgegenklang, als er bis an die Zähne bewaffnet unter einer friedlichen Menge erschien und seine Rüstung mit der Furcht vor Ueberfällen zu rechtfertigen suchte. Man stellte ihm einfach die Frage: „Quis tibi sic timere permisit?"** (Wer hat dir denn erlaubt, sich so zu fürchten?)

Ich bin mir völlig klar darüber, wie stark die natürlichen Hemmungen sind, die Waffen aus der Hand zu geben. Ich erinnere mich der Worte, mit denen Herr Briand kürzlich davon sprach, welch Sonnenglanz der Poesie, welch heroische Empfindung mit dem Gedanken Waffe und Kampf verbunden ist und wieviel schwerer es ist, dem Gedanken des Friedens die Form zu geben, die dieser Aufwallung des Geistes gleicht. **Deshalb ist es auch völlig verständlich, wie schwer psychologisch auf ein Volk wie das deutsche, das auf Jahrhunderte militärischer Tradition herabsah, der Gedanke der alleinigen Abrüstung wirkt, namentlich unter den Gesichtspunkten der Bedrückung, auf die ich in meiner Rede zur Generaldebatte hingewiesen habe. Deutschland hat diese psychologischen Hemmungen unter Verhältnissen, wie sie schwieriger überhaupt nicht gedacht werden konnten, überwunden. Wenn diese Ueberwindung möglich war, so aus dem Grunde, weil hinter ihr der Gedanke stand, daß es sich bei dieser Abrüstung nicht handeln könne um den Gegensatz zwischen Militarismus und Abrüstung, sondern daß es sich hier um die Durchführung eines Grundsatzes handelt, der**

neue Methoden und eine neue Moral unter den Völkern

herbeiführen will. Der Glaube der Menschheit an eine bessere Zukunft, die einer trüben Gegenwart folgt, ist eine Macht und Kraft, die gerade der Völkerbund am höchsten schätzen sollte. Lassen Sie diesen Glauben nicht erschüttern!

Wenn das Land, das einst als die stärkste Militärmacht der Welt galt, heute abgerüstet ist, so sollte es für die anderen Staaten viel leichter sein, ihm jetzt zu folgen. Wir stehen vor einer gebieterischen Pflicht, einer Pflicht, deren Mißachtung ganz sicher zu schwierigen Folgen führen würde. Wir haben also keine Wahl. Die ganze Institution des Völkerbundes kann nur dann lebendig und wirksam werden, wenn die Vorschrift der allgemeinen Abrüstung durchgeführt wird und damit die Voraussetzung gegeben ist für jene Atmosphäre, welche notwendig ist für eine gemeinsame und solidarische Sicherung des Friedens unter den Völkern."

Die Rede Dr. Stresemanns wurde von der Versammlung mit der üblichen Aufmerksamkeit und dem Interesse aufgenommen, wie dies bei den Völkerbundsreden Dr. Stresemanns stets der Fall zu sein pflegt. Das Haus füllte sich während der Rede bis auf den letzten Platz. Sämtliche ersten Delegierten waren anwesend. Auch Briand hatte auf seinem Stuhl Platz genommen. Dr. Stresemann, der die Rede vom Manuskript ablas und sich fast wörtlich an den Text hielt, sprach klar und ruhig mit Akzentuierung einzelner Stellen. Er hob besonders den Passus hervor, daß er es nicht bedauere, daß in den Verhandlungen die Geister aufeinanderplatzten und daß der Völkerbund um so mehr praktische Arbeit leisten wird, je freier und ungehemmter naturgemäß in seiner Zusammensetzung liegende Verschiedenheiten der Auffassung nach Ausdruck ringen und zum Ausdruck kommen. Die Rede wurde von der Versammlung mit Beifall aufgenommen. Die Uebersetzung erfolgte sodann auf Grund eines vorliegenden deutschen Textes durch die offiziellen Interpreten des Völkerbundes zuerst ins Französische und dann ins Englische.

Nach der Uebersetzung der Rede des Reichsaußenministers Dr. Stresemann sprach

Lord Onslow,

der die gegenwärtige Tagung als die bedeutungsvollste Völkerbundsversammlung bezeichnete. Nach einem Hinweis auf den polnischen Vorschlag, der klar und genau den Zweck des Völkerbundes umschreibe, gab der englische Delegierte eine knappe Analyse der großen Organisation zur Abrüstung und Sicherheitsfrage. Die Verhandlungen haben, so führte er aus, gezeigt, daß der vorbereitende Abrüstungsausschuß keine wesentlichen Fortschritte erzielen kann, wenn die internationale Sicherheit nicht weiter entwickelt werde. Deshalb sei man zur Bildung des Sonderausschusses zum Studium der Frage der Sicherheit und Schiedsgerichtsbarkeit geschritten. Soweit in der Entschließung regionale Verträge empfohlen werden, denke er an Verträge nach Muster des Locarnopaktes. In bezug auf die Erteilung von Auskünften an den Rat über „Maßnahmen, die die Regierungen zu ergreifen bereit wären, um Entscheidungen des Rates zu unterstützen in einem Falle, wo in einer besonderen Gegend, an der sie besonders interessiert sind, es zu einer Krise kommt oder in anderen Worten, dem Rat anzugeben, daß in dem oder jenem Falle ihre Streitkräfte zur Unterstützung der Empfehlungen des Rates zur Verfügung stehen, stellte der Redner mit Nachdruck fest, daß **„die Regierungen alle und jede Freiheit haben, zu antworten, daß sie überhaupt nicht zu antworten brauchen, wenn sie nicht wollen, und daß nicht der Rat, sondern die Staaten selbst die Fälle bestimmen, in denen die Regierungen zur Unterstützung des Rates einzugreifen bereit sind."**

Paul Boncour,

der nach Lord Onslow sprach, warnte vor einer Ueberstürzung der Abrüstungsarbeiten. Die Sicherheitsforderungen sollen nicht übertrieben werden, aber es müsse eine Kollektivsicherheit geschaffen werden, die einen Ersatz für die eigenen Rüstungen bieten könne. Das **Genfer Protokoll, von dem allerdings heute nicht die Rede sei, stelle das Symbol dieser Gedankengänge dar. Diese Kollektivsicherheit soll, nach Auffassung Paul-Boncours, zunächst durch ein verallgemeinertes und garantiertes Schiedssystem vermittels weiterer Verträge nach dem Muster des Locarnopaktes gewährleistet werden.** Den Erfolg der Abrüstungskonferenz glaubt Paul-Boncour gewährleistet, sobald die Völkerbundsstaaten einverstanden seien, ihre ganze Kraft einzusetzen, wenn der Rat in einem bestimmten Falle den Bruch der Paktverpflichtungen erklärt.

Nach Paul-Boncour ergriffen noch der Redner, nämlich Vertreter Australiens, Chiles, Finnlands und Rumäniens das Wort.

Besprechungen über Einzelheiten der Herabsetzung der Besatzungstruppen.

Berlin, 24. Sept. Bei der gestrigen Aussprache des Reichskommissars für die besetzten rheinischen Gebiete und des Präsidenten der Reichsvermögensverwaltung mit dem Oberbefehlshaber der Besatzungsarmee, General Guillaumat in Mainz über die Modalitäten der Herabsetzung der Besatzungstruppen wurden die deutschen Gesichtspunkte in ihrem gesamten Umfange eingehend erörtert. Nähere Einzelheiten können infolge des vertraulichen Charakters der Aussprache und im Hinblick darauf, daß die Dinge völlig im Fluß sind, nicht mitgeteilt werden.

Aggressive Reden gegen Deutschland.

Barthou antwortet Hindenburg.

tu. **Paris**, 25. Sept. Der heutige Sonntag zeichnete sich in Frankreich durch einen Rekord an Denkmalseinweihungen, Gedenkfeiern und Ministereden aus. Auf elsässischem Boden sprach Poincaré nicht weniger als dreimal, Pensionsminister Marin nahm an einem Bezirkkongreß der nationalen Frontkämpfervereinigung im Yonne-Departement und an der Huldigung am Gefallenen-Denkmal teil. In Versailles wurde eine Militär-Gedenktafel in einem Staatskasino eingeweiht und unter Führung des General Gouraud fand eine Pilgerfahrt nach dem Totenmal der Champagne-Gefallenen in Chalons statt.

Die politisch größte Bedeutung kommt der Rede des Justizministers und stellvertretenden Ministerpräsidenten Barthou bei der Einweihung des Denkmals für Bernes-Cambot, eines im Riffkriege gefallenen Sergeanten, in dessen Geburtsort Livron in den Unterpyrenäenzu. Barthou hatte den Auftrag erhalten, nicht nur die Regierung bei dieser Feier zu vertreten, sondern offenbar auch die offizielle Antwort der französischen Regierung auf die Hindenburg-Rede und das Matin-Interview des Reichsaußenministers zur Kriegsschuldfrage zu erteilen. Frankreich, so erklärte er, sei in gleichem Maße unschuldig an dem Blute, was in ihrem Beherrschungsdurste ein Wilhelm II. und ein Abd el Krim vergossen hätten. Dann führte der Justizminister wörtlich aus: „Es gibt Dementis, die die Geschichte nicht kennen und die, aus welchem Munde sie auch kommen mögen, die Wahrheit der Tatsachen der Dokumente und der Ereignisse nicht besiegenwerden. Die Verantwortlichkeiten sprechen auf unserem verwüsteten Boden noch zu laut, als daß eine feierliche, aber ungeschickte Ableugnung genügen könnte, einwandsfreie Zeugnisse zu zerstören. Wenn das Deutschland von 1914 das „reine Herz" gehabt hätte, würde es mit einem Worte oder einer Geste durch Anahme der angebotenen Vermittlung (?) die Kriegsgefahr beseitigt haben, die seine auf Grund falscher Informationen angeordnete Mobilisierung heraufbeschwor und zudem verschlimmerte und beschleunigte. Das Deutschland von 1914 hatte keine „reinen Hände". Nachdem wir seine Grausamkeiten erduldet haben, werden wir ihm nicht gestatten, unsere Toten zu entehren, die für die Verteidigung unseres durch Eroberungslust überfallenen, besetzten und verwüsteten Heimatbodens gefallen sind. Wir wollen den Frieden mit einem wollen, dessen Aufrichtigkeit die schon gebrachten Opfer (?) bezeugen. Aber wir können ihm nicht das Opfer der Wahrheit bringen ohne eine demütigende Gewissensabdankung. Diese bewiesene und beweiskräftige Wahrheit ist unsere Stärke, weil sie unsere Ehre ist. Sie wird weder dementiert noch verfälscht werden. Das Schweigen, zu dem auch wir uns verstehen könnten, ist die notwendige Bedingung für die Annäherungen, die der Friede der Welt verlangt. Nur um diesen Preis können wir vergessen.

Die unklugen Rehabilitierungen drohen, in der öffentlichen Meinung den Charakter vermessener Herausforderungen anzunehmen. (!) Die internationale Beruhigung, die nur langsam über die vielen Hindernisse triumphiert, würde rasch all das verlieren, was nationale Eigenliebe dabei gewinnen will. Das „Zuviel reden schadet", ist ein ausgezeichnetes Sprichwort.

Auf den Marokkokrieg übergehend verlichte Barthou Frankreichs friedliche Rolle in den Verhandlungen, die zum Kriege von 1914 voraus gingen und die die Geschichte endgültig festgelegt habe. Frankreich nehme mit der gleichen vertrauenden Ruhe das Urteil der Geschichte über die Verantwortung am Marokkokriege hin. Von den Ausführungen des Justizministers sei noch der Satz vermerkt: „Der Abscheu vor dem Kriege, der aber verächtlich sein würde, wenn er Furcht vor dem Kriege wäre, schließt nicht den Kult der Helden aus, und der Glaube an den Frieden fordert nicht, daß eine Nation ihren Ruf dahinopfert."

*

Barthou ist nicht gerade die geeignete Persönlichkeit, um Hindenburg zu antworten. Dennoch müssen besondere Gründe vorgelegen haben, die die französische Regierung veranlaßten, gerade Barthou das Wort zur Antwort zur erteilen. Es handelt sich um einen krampfhaften französischen Versuch, die Versailler Schuldthese gegen Deutschland aufrecht zu erhalten. Wenn Frankreich sich sicher fühlte, würde es der parteiischen Untersuchung der Kriegsursachen keinen Widerstand entgegensetzen.

Auch Jaspar antwortet Hindenburg.

Brüssel, 25. Sept. In Ostende hielt heute Premierminister Jaspar anläßlich der Weihe eines Denkmals für den früheren belgischen Premierminister Beernaert eine Rede, die eine Antwort auf die Tannenbergrede des Reichspräsidenten v. Hindenburg sein sollte. Beernaert war von 1884 bis 1894 Premierminister und im Jahre 1899 eines der tätigsten Mitglieder der Haager Friedenskonferenz. Jaspar kam in seiner Würdigung Beernaerts auf die Ereignisse des Krieges zu sprechen und erklärte: „Beernaerts Schmerz wäre nicht gleichgültig gewesen, wenn er, der so viel zur Schaffung des europäischen Friedens getan und der an diesem Frieden so tief geglaubt hat, das „mit reinem Herzen" begangene Verbrechen gekannt hätte, durch die unsere Neutralität verletzt wurde. Er hat die schrecklichen Tage nicht erlebt, in denen die Invasion „mit reinen Händen" unser unschuldiges Vaterland der Brandstiftung, dem Mord und der Vernichtung preisgegeben hat. Er kannte nicht die erbarmungslose Erschießung der Frauen, Greise und der Kinder in den Wiegen. Er nahm in seinem Herzen nicht mehr die systematische Ausbeutung unserer Industrieanlagen auf. Er kannte nicht Löwen, Tamines, Aerschot, Dinant, nicht die vor Aufregung brennenden Augen, die langen Züge unserer Landsleute, die zu Tausenden wie Sklaven deportiert wurden. Und so hat ihm das beste Argument gefehlt, um sein heißgeliebtes Land gegen den Haß zu verteidigen und die unablässigen Schmähungen, durch die sein Heroismus und seine Duldsamkeit lügnerisch und im schlechten Glauben herabgewürdigt werden sollten.

Zweiter internationaler sozialpolitischer Kongreß in Wien.

(Von unserem Wiener Korrespondenten.)

L **Wien**, im September.

In der Zeit vom 15. bis 18. September fand in Wien die zweite Generalversammlung der Internationalen Vereinigung für sozialen Fortschritt statt. Die Wahl Wiens als Kongreßstadt hatte ihre gute Begründung, war doch neben Deutschland Österreich das erste Land, in dem die Sozialpolitik nicht nur wirtschaftliche, sondern politische Bedeutung gewonnen hatte. Die Nachkriegszeit unterstrich in der Sozialpolitik vornehmlich die internationale Seite. So hat denn auch die „Internationale Vereinigung für sozialen Fortschritt" derzeit 18 nationale Sektionen; die holländische Sektion ist im letzten Jahre ausgetreten, dafür ist eine amerikanische Sektion entstanden. Auch in Japan, Lettland, Estland und Litauen sind Sektionen in Bildung. Dem Kongreß wohnten aus Deutschland als Regierungsvertreter bei: Ministerialdirektor Grieser, Ministerialrat Dr. Feig und Präsident Zahn des Bayerischen Statistischen Landesamtes; weitere als Delegierte u. a.: Hans von Rostitz, Roland Brauweiler, Johann Giesberts, Walther Lotz, August Pieper, Paul Umbreit, Otto Zwiedineck, Dr. Freund, Dr. Ernst Bernhard, Franz Spliedt, Möhrke, Helmut Lehmann, Hellersberg, Ludwig Hende, Bruno Moll, Bernhard Otte, Bruno Rauecker, Gustav Schneider, Otto Schweitzer, Fritz Pfirrmann, Fritz Tarnow.

Als gemeinsame Grundtendenz der Referate ergab sich die Anschauung, daß nur eine Sozialpolitik, die ihre leitenden